

Jens Koeppen

- (A) Hartz IV müssen steigen. – Das ist ein Ding, das wir nicht mittragen werden.

Wir entlassen die energieintensive Industrie auch nicht aus ihrer Verantwortung – das wurde hier mehrfach angesprochen –, was ihren eigenen Energieverbrauch angeht. Es liegt auch im eigenen Interesse der Unternehmen, weniger Energie zu verbrauchen. Denn weniger Energie bedeutet weniger Kosten und bedeutet eine stärkere Position im Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, das begleiten wir. Wir werden uns nach wie vor politisch dafür einsetzen – zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zugunsten der Unternehmer. Die können sich dabei auf uns verlassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Dagmar Enkelmann.

**Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Kollege Koeppen, als stellvertretende Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung kann ich sehr wohl einschätzen, über welches Know-how und welche wissenschaftliche Kompetenz die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt. Dazu gehört unter anderem die genannte Energiestudie, die ich Ihnen nur wärmstens empfehlen kann, um Ihre Kompetenz möglicherweise weiter zu verbessern.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich maße mir nicht an, über die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder andere Stiftungen zu reden. Alle leisten ihren Teil zur politischen Bildung in diesem Land – genauso wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was Heinz Vietze anbetrifft, so hatte er anders als beispielsweise die damaligen Parlamentarier der CDU in Brandenburg einen großen Anteil daran, dass die Demokratie in Brandenburg entwickelt wurde.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist mir neu!)

Die PDS ist mit verfassunggebende Partei in Brandenburg – anders als übrigens die CDU, die heute noch ein Problem mit der Verfassung in Brandenburg und mit der Demokratie in Brandenburg hat.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sieht man am gegenwärtigen Agieren der brandenburgischen Landtagsfraktion. Dafür werden Sie Ihre Quittung bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

(C)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/8608 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 7 a und b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien**

– Drucksache 17/8877 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

– Drucksache 17/9152 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Maria Flachsbarth

Dirk Becker

Michael Kauch

Dorothee Menzner

Hans-Josef Fell

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ralph Lenkert, Jan Korte, Dorothee Menzner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

(D)

**Mut zum Aufbruch ins solare Zeitalter**

– Drucksachen 17/8892, 17/9152 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Maria Flachsbarth

Dirk Becker

Michael Kauch

Dorothee Menzner

Hans-Josef Fell

Zu dem Gesetzentwurf, über den wir später namentlich abstimmen werden, liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Maria Flachsbarth für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach intensiven Beratungen im Ausschuss, in den Arbeitsgruppen und einer ausführlichen Anhörung stel-

**Dr. Maria Flachsbarth**

- (A) len wir nun die in Bezug auf die Photovoltaik überarbeitete Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Plenum zur Abstimmung.

Dass es einen Handlungsbedarf für eine Novellierung gibt, daran besteht wohl auch in dieser Runde kein Zweifel. Nach einem Ausbau um 7 400 Megawatt im Jahr 2010 und um 7 500 Megawatt im Jahr 2011 müssen wir miteinander erkennen, dass hier eine Marktüberhitzung vorliegt, dass wir also handeln müssen.

Weil ich das Argument schon kenne, dass wir mit einer Novelle Arbeitsplätze in Gefahr bringen – es ist in der letzten Debatte auch schon gefallen –, muss ich Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das EEG ist weder ein Instrument zur Gefährdung noch eines zur Rettung von Arbeitsplätzen,

(Beifall des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/CSU])

sondern ein Instrument zur Markteinführung erneuerbarer Energien. Deshalb würde ich darüber jetzt auch gern sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir eine Marktüberhitzung tatsächlich zurückführen wollen und auf einen nachhaltigen Aufbaupfad kommen wollen, dann ist es notwendig, die Vergütungen abzusenken. Genau das machen wir. Zum einen ziehen wir die bereits erwartete Absenkung zum 1. Juli dieses Jahres um 15 Prozent auf den 1. April vor, und zum anderen legen wir eine nochmalige Degression um 5 bis 15 Prozent obendrauf, weil der Preisverfall auf dem Markt aufgrund des ruinösen Wettbewerbs durch chinesische Hersteller so ist, wie er ist.

- (B)

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Darum machen Sie das in Deutschland kaputt!)

Wir achten aber darauf – in Modifizierung des Regierungsentwurfs –, dass diejenigen Investoren, die im Vertrauen auf die bestehende Gesetzeslage Geld in die Hand genommen haben, keine gestrandeten Investments hinnehmen müssen, sondern dass sie die Projekte, die sie in Angriff genommen haben, auch noch realisieren können. Wir haben also letztendlich Übergangsregelungen unterschiedlicher Art – je nach Anlagenart – geschaffen, und zwar für einfache Dachanlagen bis zum 1. April und für große Freiflächenanlagen, die auf einer Konversionsfläche errichtet werden und für deren Installation entsprechende Vorarbeiten notwendig sind, bis zum 30. September. Ich glaube, dass wir damit all denen, die im Vertrauen auf die geltende Rechtslage gehandelt haben, ein sehr, sehr faires Angebot machen.

Einen zweiten wichtigen Punkt haben wir in dem Gesetzentwurf, so wie wir ihn jetzt dem Plenum vorlegen, berücksichtigt: Wir wollen den Investoren darüber hinaus auch in Zukunft Planungssicherheit verschaffen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wie denn? – Jan Korte [DIE LINKE]: Reden Sie mal mit den Unternehmen!)

- (C) Das haben wir erreicht, indem wir die zunächst vorgesehenen Verordnungsermächtigungen, mit denen die Bundesregierung auf entsprechende Marktentwicklungen reagieren wollte, zurückgenommen und im Gesetzentwurf fixiert haben, nach welchen Maßgaben sich die Vergütung tatsächlich richtet, damit das für jeden einsehbar und von vornherein klar ist. Deshalb haben wir den atmenden Deckel fortentwickelt, den es auch im derzeit geltenden Gesetz gibt,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den hat der Kollege Fell erfunden! Den hat Hans-Josef Fell erfunden!)

und zwar unter der Maßgabe einer kontinuierlichen Degression zwischen 11 Prozent bei einem Ausbau im Rahmen des Korridors – also zwischen 2 500 und 3 000 Megawatt – und 29 Prozent ab einem Ausbau von 7 500 Megawatt. Denn wir sind doch gemeinsam der Meinung, dass wir eine solche Größenordnung nicht wollen.

- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste Kritikpunkt, mit dem wir uns im Rahmen der Beratungen intensiv auseinandergesetzt haben, betraf die Absenkung des Korridors. Da kam die Frage auf: Die wollen gar nicht mehr PV-Installationen in diesem Land. Wie kommen die dann auf die Zahlen, die sie eigentlich wollen, bis 2020 letztendlich 52 Gigawatt? – Das ist insofern zu erklären, als in vielen Bereichen schon Netzparität erreicht ist und es also wirklich interessant ist, eine PV-Anlage auf dem Dach oder einer Freifläche zu installieren, wenn man denn weiß, wofür man den Strom nutzen will. Nicht mehr jede produzierte Kilowattstunde ist also als solche eine gute Kilowattstunde, sondern die Erneuerbaren – insbesondere die Photovoltaik – müssen jetzt Kunden für ihr Produkt finden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie verwechseln gerade Kapazität und Leistung! Das ist für eine Umweltpolitikerin peinlich! Das sind zwei physikalische Größen!)

Das ist völlig in Ordnung; das wollen wir. Deswegen muten wir das der Branche auch zu und sagen: Bei Dachanlagen bis 10 Kilowatt ist es vernünftig, bis zu 20 Prozent in den Eigenverbrauch zu gehen,

(Rolf Hempelmann [SPD]: Was hat denn die Anhörung dazu ergeben?)

und bei größeren Anlagen bis 1 000 Kilowatt kann man bis zu 90 Prozent in den Eigenverbrauch gehen. Damit haben wir letztendlich einen Hebel in der Hand und können sagen: Wer eine solche Anlage betreibt, der muss auch wissen, von wem der Strom abgenommen werden soll.

Ich glaube, dass wir dadurch sehr innovative Projekte auf den Weg bringen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist keine Glaubensfrage, Frau Flachsbarth!)

Denn ich kann mir vorstellen, dass Gewerbetreibende, Landwirte, Einzelhändler es natürlich interessant finden, ihren eigenen Strom zu geringeren Kosten zu produzie-

**Dr. Maria Flachsbarth**

- (A) ren, als sie aufbringen müssten, wenn sie ihn aus dem Netz holten.

Darüber hinaus haben wir neue Modelle bezüglich eines modifizierten Grünstromprivilegs eingeführt, sodass der Mieter den Vermietern oder auch den nächsten Nachbarn den Strom zu sehr, sehr günstigen Preisen verkaufen kann, ohne dass das öffentliche Netz genutzt werden muss. Ich glaube, dass wir diesbezüglich tatsächlich auf einem sehr guten Weg sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben darüber hinaus – das möchte ich hier noch erwähnen – in Bezug auf die Speicherförderung einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Wir haben nämlich Speicher von der EEG-Umlage befreit. Das ist vernünftig, um einen Anreiz für den Bau von großen Speichern, die wir im Zuge der Energiewende brauchen, zu schaffen. Und wir haben im Umweltausschuss einen Antrag eingebracht, der die Bundesregierung dazu auffordert, bis Oktober konkrete Vorschläge für ein Programm zur Markteinführung für Speicher vorzulegen und die Forschung in diesem Bereich zu intensivieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Oktober welchen Jahres? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher soll das Geld kommen?)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt davon, dass wir mit der Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, insbesondere mit der Förderung der Photovoltaik, einen richtigen Schritt in die Zukunft gemacht haben. Ich bin davon überzeugt, dass die Photovoltaik eine starke Säule der Energiewende bleiben wird und dass es bei uns einen nachhaltigen Ausbau der Photovoltaik geben wird.

Herzlichen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun der Wirtschaftsminister des Landes Thüringen, Matthias Machnig.

(Beifall bei der SPD)

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im letzten Jahr ist in diesem Hause intensiv über die Energiewende diskutiert worden. Auch im Bundesrat wurde darüber debattiert. Ich habe immer genau zugehört, wenn beispielsweise Herr Röttgen oder andere Vertreter der Koalitionsfraktionen gesprochen haben. Was war deren Botschaft? Wir brauchen ein Gemeinschaftswerk, hieß es. Wir brauchen eine gute Koordination dessen, was wir tun. Heute zeigen Sie, dass Sie zu einem Gemeinschaftswerk nicht in der Lage sind. Ein Gemeinschaftswerk braucht nämlich eines: einen breiten politischen Konsens in den einzelnen Bereichen, auch wenn es um eine Schlüsselbranche wie die Solarindustrie geht.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Ich sage Ihnen eines voraus: So falsch es war, den Versuch zu wagen, wieder in die Kernenergie einzusteigen, um danach wieder auszusteigen, so falsch ist es jetzt, den Konsens, den man im Bundestag und auch mit den Ländern herbeiführen könnte, zu gefährden. Dazu kann ich nicht raten; denn wir werden ihn in den nächsten Jahren brauchen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will eine kleine Geschichte erzählen; denn man lernt aus Konkretem. Auf Einladung des Bundeswirtschaftsministers, Herrn Rösler, war ich im Januar beim Konjunkturrat. In diesem Gremium, das im Wachstums- und Stabilitätsgesetz vorgesehen ist, berät der Bundeswirtschaftsminister mit den Wirtschaftsministern der Länder. Wir haben über Konjunktur und Energie geredet. Ich bin seit 30 Jahren in der Politik aktiv, aber ich habe noch nie erlebt, dass übereinstimmend festgestellt worden ist – Herr Zeil, ein Vertreter der FDP, hat damit begonnen –, dass wir im Bereich der Energiepolitik endlich eine vernünftige Koordination in Deutschland brauchen. Diese Auffassung wurde von allen Vertretern, ob CDU, ob CSU, ob FDP, ob Grüne, ob Linkspartei, ob SPD, geteilt. Das macht deutlich, was wir in den nächsten Jahren brauchen.

Vonseiten der Länder haben wir Herrn Röttgen und Herrn Rösler immer wieder signalisiert: Sprecht doch einmal mit uns!

(D)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sprechen ja nicht mal untereinander!)

Wir kennen die Industrie.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht durch Ihre Arbeit!)

In Thüringen gibt es mehr als 5 000 Arbeitsplätze in der PV-Industrie. Sprecht doch einmal mit uns! Man hätte klüger werden können und die eine oder andere Entscheidung anders getroffen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage deshalb auch hier: Wenn man heute über den vorliegenden Gesetzentwurf entscheidet, muss man vier Antworten darauf geben, warum man das macht. Man muss eine energiepolitische Antwort geben, man muss eine investitionspolitische Antwort geben, man muss eine industriepolitische Antwort geben, und man muss eine preispolitische Antwort geben. Dazu mache ich einige Bemerkungen.

Erstens zur Energiepolitik. Die PV-Industrie ist der Energieträger mit der höchsten Akzeptanz aller Energieträger in Deutschland. 96 Prozent unterstützen diesen Energieträger. Ich kenne keinen anderen Energieträger, der eine so hohe Akzeptanz findet. Wenn wir etwas für die Realisierung der Energiewende brauchen, dann Ak-

**Minister Matthias Machnig (Thüringen)**

- (A) zeptanz und ein Konsens darüber, welche Energieträger wir in den nächsten Jahren einsetzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist auch: PV stärkt dezentrale Strukturen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sagen, das solle alles dezentral ablaufen. Wir brauchen in den nächsten Jahren ein ausgewogenes Verhältnis von dezentralen und zentralen Strukturen. Wir brauchen aber auch dezentrale Angebote, und da ist die Photovoltaik von ganz entscheidender Bedeutung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jan Korte [DIE LINKE])

Sie müssen mir einmal eines erklären: Wenn Sie im Jahr 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien von 35 Prozent erreichen wollen, Sie aber beim Bereich Offshorewind nicht vorankommen – und in anderen Bereichen auch nicht –, dann werden wir die Photovoltaik brauchen, um das Ziel zu erreichen. Das ist die Wahrheit. Man muss sich dazu bekennen oder die Ziele entsprechend anpassen; eines von beiden geht nur.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Zweitens zur Investitionspolitik, einem Thema, das mir ganz besonders wichtig ist. Für die Energiewende brauchen wir in den nächsten Jahren massive Investitionen im Bereich der Netze, aber auch im Bereich der fossilen Energieträger. In diesem Zusammenhang stelle ich fest: Die Vorgänge, die sich derzeit in der Solarbranche abspielen, werden nicht auf die Solarbranche beschränkt bleiben. Reden Sie doch einmal mit Energieunternehmen! Ich jedenfalls mache das.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir auch!)

Sie sagen: Diese Bundesregierung verunsichert die Märkte, sie schafft keine klaren Rahmenbedingungen – nicht nur in der Solarindustrie, sondern auch in anderen Bereichen. Das ist ein Riesenproblem für die Energiewirtschaft; denn wir brauchen in den nächsten Jahren Investitionen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Brand [CDU/CSU]: Sie haben sich nicht geändert, Sie Schlaumeier!)

Das ist die Wahrheit. Deshalb sage ich: Wir brauchen klare Rahmenbedingungen. Ich hoffe, dass das gelingt.

Das dritte Thema ist die Industriepolitik. Auch hier will ich Ihnen einen Hinweis geben. Wer sich die Zahlen im Hinblick auf die deutschland- und weltweit installierte Leistung anschaut, wird Folgendes feststellen: Im Jahre 2011 wurden knapp 28 Gigawatt Photovoltaikleistung verbaut, davon 7,5 Gigawatt in Deutschland. 2010 lag dieser Wert noch bei 50 Prozent. Was ist passiert? Die internationalen Märkte springen an. Wir haben die Photovoltaik ja nicht nur gefördert, weil wir sie inländisch nutzen wollen, sondern auch, weil sie für deutsche

Unternehmen eine Riesenexportchance bedeutet, vorausgesetzt, dass diese Unternehmen noch existieren. Ich möchte gerne, dass die Unternehmen existieren, damit sie die Chancen auf den internationalen Märkten nutzen können. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich die Zahlen vergegenwärtigt – 20 Milliarden Euro Umsatz, Investitionen in Höhe von 19,5 Milliarden Euro im Jahre 2010, 70 Prozent aller Investitionen im Bereich der Erneuerbaren in der Photovoltaikbranche – und ein bisschen volkswirtschaftlich denkt, wird deutlich, dass diese Branche industriepolitisch ein sehr wichtiger Faktor ist. Das ist gerade für Thüringen und die anderen neuen Bundesländer essenziell. Wir haben hier eine der wenigen Branchen mit Zukunftspotenzial aufbauen können. Entstanden ist dies im sogenannten Solar Valley, einem der größten Solarcluster der Welt.

Jetzt erleben wir, dass Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, die de facto zu einer Unterstützung chinesischer Solarhersteller führen; das ist die Konsequenz aus Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gefährdet 30 bis 40 Prozent aller industriellen Arbeitsplätze, sagt die Branche; das müssen wir im Auge behalten.

Es handelt sich hier um eine industriepolitische, innovationspolitische und strukturpolitische Schlüsselaufgabe, die wir in den nächsten Jahren angehen müssen. Das sage ich insbesondere als Minister eines neuen Bundeslandes. Ich bitte Sie darum, einmal neu darüber nachzudenken. In Frankreich wird zum Beispiel gerade über eine Local-Content-Klausel diskutiert. Vielleicht ist das ja nur Wahlkampfgeklingel, weil Herr Sarkozy im Wahlkampf steckt; ich weiß es nicht genau. (D)

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Und der andere ist nicht im Wahlkampf? Das ist ja lächerlich!)

– Ich bin nicht im Wahlkampf, sondern Sie, Herr Lindner. Ich war einmal im Wahlkampf. Wir haben gegen Sie gewonnen; das war das Schöne.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

– Ist ja gut. Wir kommen schon noch; macht euch mal keine Sorgen. 2 Prozent ist ja nicht so sehr stark.

Ich will auf Folgendes hinaus: In anderen Ländern wird ernsthaft darüber diskutiert, wie man Industriepolitik macht, um die Branche zu unterstützen. Frankreich habe ich bereits genannt; auch Italien hat eine Local-Content-Klausel, ebenso Kanada. Wir sollten ernsthaft darüber diskutieren, ob es nicht auch in Deutschland eine Local-Content-Klausel geben sollte, um diese Schlüsselindustrie, die wir im 21. Jahrhundert brauchen, voranzubringen.

**Minister Matthias Machnig (Thüringen)**

- (A) Mit Blick auf den vorliegenden Gesetzentwurf will ich eines sagen: Es gibt seit dem 23. März eine positive Entwicklung; das will ich ausdrücklich festhalten. Ich finde es gut, dass die Verordnungsermächtigungen gestrichen worden sind. Meine Vermutung aber ist die folgende: Sie sind ohnehin nur hineingeschrieben worden, damit die Fraktionen sie wieder herausstreichen können.

(Dirk Becker [SPD]: Genau das ist der Punkt! – Ulrich Kelber [SPD]: Billiges Theater! Der Abteilungsleiter lacht doch schon!)

Das ist meine Vermutung, das kann ich natürlich nicht beweisen.

(Christian Hirte [CDU/CSU]: Sie dürfen nicht von sich auf andere schließen!)

Ich finde, dass sich die Übergangsfristen verbessert haben; das unterstütze ich sehr. Ich halte auch das eine oder andere Element für richtig, zumindest ist es ein Schritt in die richtige Richtung. In der Substanz aber kann dieser Gesetzentwurf nicht so bleiben. Wir brauchen weitere Schritte; sie sind dringend notwendig. Da will ich einige Dinge ansprechen.

Ich halte das Festhalten am Deckel von 3 500 Megawatt für falsch, weil doch eines klar ist: Nur wenn es uns gelingt, eine Economy of Scale aufzubauen, werden wir in der Lage sein, die Kostendegression in den nächsten Jahren voranzutreiben. Die Kostendegression bei der Photovoltaik muss doch im Zentrum stehen, damit wir schnell wettbewerbsfähige Preise haben.

- (B) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus der CDU/CSU-Fraktion?

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**  
Ja, am Ende, wenn ich so weit bin.

- Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Dann ist es ja keine Zwischenfrage mehr. Jetzt oder nie!

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**  
Bitte schön.

- Christian Hirte (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Minister Machnig, wollen Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir uns in einer Weltmarktsituation befinden, in der das Angebot in der Solarbranche sehr stark die Nachfrage übersteigt, etwa um das Doppelte? Wollen Sie außerdem bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir, wenn Sie schon davon sprechen, die Industrie zu schützen, auch sichere Rahmenbedingungen schaffen wollen? Wenn Sie gerade verkünden, dass der Gesetzentwurf in seiner Ausprägung aus Ihrer Sicht nicht ausreichend ist, erweckt das den Anschein, dass Sie dem auf Länderebene nicht zustimmen wollen, –

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**  
Das ist so, ja.

- Christian Hirte (CDU/CSU):**

– was hieße, dass gegebenenfalls für Monate eine rechtsunsichere Lage entsteht

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Herbeigeführt wird!)

und Sie damit der Branche eventuell einen Bärendienst erweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**

Ich finde, das ist ein tolles Argument. Dann will ich einmal ein anderes Beispiel nennen: Im weltweiten Automobilmarkt haben wir seit Jahren Überkapazitäten. Es käme in Deutschland niemand auf den Gedanken, die deutsche Automobilindustrie wegen weltweiter Überkapazitäten zu schwächen. Niemand käme auf diesen Gedanken!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Brand [CDU/CSU]: Armes Thüringen!)

– Das ist doch die Wahrheit. Wir haben im Übrigen in der Großen Koalition in einer schwierigen konjunkturellen Lage – das war auch nicht unumstritten – ein Programm zur Steigerung der Nachfrage nach neuen Fahrzeugen geschaffen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das ist ein lobbyistischer Veitstanz, der hier aufgeführt wird!)

– Ja, das ist klar. Das müssen Sie gerade sagen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Sie sind alle Lobbyisten!)

– Ja, wir sind alle Lobbyisten. Vielen Dank. Das sagt mir jemand von der FDP.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurth von der FDP? Das verlängert Ihre Redezeit.

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**  
Ja, gerne.

- Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):**

Herr Minister, die *Osthüringer Zeitung* vom heutigen Tage – sie kommt aus Ihrem Bundesland – schreibt: Solarzellenproduktion wächst immer noch. Unterüberschrift: Fachzeitschrift prognostiziert weitere Verlagerung nach Fernost und anhaltende Dominanz der chinesischen Hersteller.

(C)

(D)

**Patrick Kurth (Kyffhäuser)**

- (A) (Ulrich Kelber [SPD]: Ja, weil sie eure Gesetze kennen! Mein Gott!)

Unter den Top 10 der Solarzellenproduzenten findet man inzwischen sechs Chinesen. Ich frage Sie, inwieweit Sie mit der EEG-Novelle, die Sie eventuell einbringen wollen, diesem Trend in der Produktion – nicht in der Innovation – entgegenwirken?

Eine zweite Frage: Können Sie mir, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Automobilproduktion trotz weltweiter Nachfrage überdimensioniert ist, erklären, wie viele Millionen Sie Opel Eisenach in diesem oder auch im letzten Jahr überwiesen haben?

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**

Das kann ich gerne machen. Wir können in Thüringen weiter darüber diskutieren. Auch dafür stehe ich ein. Bei Opel Eisenach werden im Übrigen gerade 200 Millionen Euro investiert, um eine neue Produktlinie, ein neues Produkt aufzubauen. Das, was wir da tun, ist richtig und auch regionalpolitisch sehr vernünftig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir können doch nicht die Entscheidung treffen, die weltweiten Überkapazitäten zulasten der deutschen Standorte abzubauen. Das ist keine Wirtschaftspolitik; das ist gar nichts, überhaupt nichts.

- (B) (Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist Untergangsgezucke!)

Das Zweite ist: Ich glaube, dass wir bei den Fördersatzten ab dem 1. April zu viel tun. Ich bin für die Degression; das sage ich hier ganz klar. Mir geht es um ihre Höhe.

(Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP] nimmt wieder Platz – Ulrich Kelber [SPD], an Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP] gewandt: Das ist schon noch die Antwort! Ein Benehmen! – Christian Lange [Backnang] [SPD], an Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP] gewandt: Bleiben Sie stehen, bitte! Aufstehen!)

Das Thema ist auch nicht unstrittig. Ich war einmal im Bundesumweltministerium; da haben wir auch eine Degression vorgenommen. Die Frage ist, wie hoch die Degression ist.

Die höchste Wertschöpfung hat die deutsche Solarindustrie im Bereich kleinerer Anlagen, die auf den Dächern installiert werden. Wir sollten deswegen Regelungen suchen, damit gerade dieses Marktsegment, in dem wir bei deutschen Herstellern die größte Wertschöpfung haben, gefördert wird. Dort sollten wir die Vergütungssätze nicht absenken, sondern sogar leicht steigern. Das ist meine Position in der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Mein letzter Punkt. Ich würde gerne darüber sprechen, wie wir Regelungen finden können, um wieder für mehr Planungssicherheit zu sorgen. (C)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**

Ich weiß, ich will nur noch einen Gedanken ausführen. – Ich glaube nicht daran, dass das Modell des atmenden Deckels in dieser Form funktioniert. Das schafft mehr Unsicherheit als Sicherheit.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Deswegen sollten wir zu der Regelung zurückkehren, dass es zu bestimmten Stichtagen klar definierbare Absenkungen der Einspeisevergütung gibt. Ich glaube, es wäre vernünftig – da gibt es durchaus eine Diskrepanz zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und einem Ländervertreter –, die Degression, die wir ohnehin im EEG für 2012 beschlossen haben, zum 1. Juli einzuführen.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Minister, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**

Ein letzter Satz. – Mir ist eines wichtig: Ich und meine Landesregierung, wir wünschen uns – das kann ich in Übereinstimmung mit meiner Ministerpräsidentin sagen, die der CDU angehört –, dass wir über den Bundesrat die Chance bekommen, im Vermittlungsausschuss noch einmal über das Paket zu reden. (D)

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Das möchte ich gerne, weil ich glaube, dass dies eine Chance ist, zu einem breiteren Konsens in der Sache zu kommen, den wir brauchen. Es muss der Grundsatz gelten: –

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Minister, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Matthias Machnig, Minister (Thüringen):**

– Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Wir alle sollten uns ein bisschen ändern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Christian Hirte [CDU/CSU]: Sie schaden der Branche!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Michael Kauch für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Michael Kauch (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Machnig ist ja ein importierter Landesminister.

Michael Kauch

(A) (Lachen des Landesministers Matthias Machnig [Thüringen])

Er ist aus Berlin importiert, wo er Staatssekretär war. Als Staatssekretär im Umweltministerium war er federführend für das EEG 2009 zuständig.

(Dirk Becker [SPD]: Die Kanzlerin war aber auch daran beteiligt!)

Damals hat Herr Gabriel gemeinsam mit Herrn Machnig einen Zielkorridor für die Photovoltaik von 1 200 bis 1 900 Megawatt für das Jahr 2011 beschlossen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Das hat das Parlament beschlossen! – Dirk Becker [SPD]: Das hat Frau Reiche für die CDU verhandelt!)

Diese Koalition hat diesen Zielkorridor in etwa verdoppelt. Der Ausbau war dann noch einmal doppelt so hoch.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Eine falsche Behauptung wird durch Wiederholung nicht richtig!)

Das ist die Wahrheit. Schauen Sie doch ins Gesetz. Der atmende Deckel, der gerade kritisiert wurde,

(Dirk Becker [SPD]: Das hat die Union mit Frau Reiche damals verhandelt!)

wurde in das EEG 2009 sozusagen in einer Kurzfassung eingeführt. Basis für die Degression 2011 ist ein Anlagenzubau von 1 900 Megawatt als Obergrenze und 1 200 Megawatt als Untergrenze. Das kann jeder gerne auf seinem iPhone nachlesen. Die ganze Diskussion ist scheinheilig.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Kleinere Ziele, aber bessere Ergebnisse!)

Als er Staatssekretär war, waren es 1 900 Megawatt. Jetzt soll es keine Obergrenze geben, nur weil es vielleicht einen Hersteller gibt, den er hier als Landesminister vertritt. Das mag ja legitim sein, aber das ist keine verantwortliche Politik für das ganze Land.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Lernen Sie sich einmal zu benehmen am Rednerpult!)

Die Mengen sind zwei Jahre hintereinander doppelt so hoch gewesen, wie es das Gesetz vorsieht.

(Ulrich Kelber [SPD]: Schlimm! Da muss man sofort eingreifen!)

Es wäre ja schön, wenn sich das aus dem Markt heraus entwickelt hätte, aber es ist doch nur deswegen so gekommen, weil die Preise für die Solaranlagen schneller gesunken sind als die Vergütung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ganz schlimme Entwicklung! Aber Ironie kommt im Protokoll ja nicht rüber!)

Wenn die Preise für die Anlagen schneller sinken als die Vergütung, dann machen sich diejenigen, die die Anlagen aufbauen, die Taschen voll, und die Rechnung wird

dem Endverbraucher präsentiert. Das will die SPD fortführen; das ist der Punkt. Das ist unsoziale Politik: Einige machen sich die Taschen voll, und andere müssen es bezahlen. Das machen wir nicht mit. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das war allerhöchstens Pflichtbeifall!)

Wenn die Preise für Anlagen sinken, dann finden wir das gut, weil das technischen Fortschritt bedeutet. Das genau ist es, was wir mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erreichen wollen: dass Anreize für Innovationen geschaffen werden und die Kosten durch hohe Stückzahlen sinken. Wenn die Kosten sinken, dann muss aber auch die Vergütung sinken. Ansonsten wäre das aus meiner Sicht gegenüber dem Normalbürger in unserem Land, der am Schluss die Rechnung bezahlt, nicht vertretbar.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den belasten Sie doch zugunsten der Industrie!)

Deshalb müssen wir auch bei der Menge zu einem Umdenken kommen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Beim Einzelhandel hat das Kabinett gerade den Verkauf unter Einstandspreis verboten!)

Eine Energiewende bedeutet, dass wir das gesamte Energiesystem in einem gewissen Zeitrahmen auf erneuerbare Energien umstellen wollen. Dann müssen die erneuerbaren Energien aber nicht nur Masse, sondern auch Qualität im Netz liefern. Deshalb brauchen wir einen Energiemix der verschiedenen Formen der erneuerbaren Energien. Für das Energiesystem ist es nicht gut, wenn wir auf der einen Seite auf Teufel komm raus die Solarindustrie subventionieren und wenn auf der anderen Seite andere Technologien keinen Raum haben. (D)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche denn?)

– Beispielsweise die Solarthermie. Investitionen in diesem Bereich haben seit dem Boom der Photovoltaik nachgelassen, weil es sich eben mehr lohnt, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach zu installieren als eine Solarthermieanlage.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was tun Sie denn für die Solarthermie? Sagen Sie mir, was Sie für die Solarthermie tun!)

Deshalb müssen wir beim Ausbau der Versorgung durch erneuerbare Energie zu einer Nachhaltigkeit kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn uns hier suggeriert wird, bei der Vergütungshöhe ginge es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Solarindustrie, dann geht das leider völlig am Thema vorbei. Die deutschen Solarunternehmen stehen in Konkurrenz zu den Chinesen, egal wie hoch die Vergütung ist. Deutsche Verbraucher, die sich eine Solaranlage auf das Dach bauen, entscheiden nach Preis und Qualität, ob sie eine deutsche oder eine chinesische An-

**Michael Kauch**

- (A) lage kaufen. Wenn man nicht billiger ist als die Chinesen, dann muss man besser sein als die Chinesen. Das heißt, dann muss man mehr Qualität liefern. Nur so werden die deutschen Solarunternehmen in diesem Land eine dauerhafte und gute Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich höre immer wieder, wir brauchten eine Local-Content-Klausel. Was bedeutet denn Local Content? Local Content bedeutet: Ihr dürft hier nur dann eure Solaranlagen verkaufen und die entsprechende Vergütung erhalten, wenn ihr hier produziert. – Wenn wir diese Logik auf alle Branchen der Wirtschaft ausweiten, dann ist das das Ende der Exportnation Deutschland. Das macht den Freihandel kaputt. Das, was hier gefordert ist, ist gegen die deutschen Interessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es gibt nicht nur die Solarbranche; es gibt auch andere Arbeitsplätze in der Industrie, und die vergessen Sie an dieser Stelle. Ich muss sagen: Ich finde das beschämend,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Beschämend ist das, was ihr bei Schlecker macht!)

gerade vor dem Hintergrund der nordrhein-westfälischen Situation, nämlich wenn uns Ministerpräsidentin Kraft aus Nordrhein-Westfalen immer wieder sagt: „Wir müssen die industriellen Kerne erhalten“, und dann Vorschläge gemacht werden, die am Schluss den Freihandel zunichtemachen, aufgrund dessen diese Unternehmen auf dem Weltmarkt bestehen. Das ist das Gegenteil von kluger Industriepolitik.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Dorothee Menzner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! 16 Gigawattstunden – das war gestern zwischen 12 und 13 Uhr in der Mittagszeit die Strommenge, die Solaranlagen in Deutschland produziert haben. 16 Gigawattstunden entsprechen dem Jahresverbrauch von 4 500 Haushalten. Für diesen sauberen Strom wurde keine Kohle, kein Öl und kein Uran verbraucht und folglich auch kein CO<sub>2</sub> freigesetzt. Für diejenigen, die auf Atomkraft stehen: Bei Atomstrom wären dafür 11,3 Kilo Atommüll angefallen.

Zur gleichen Zeit mussten die vier großen Energiekonzerne trotz Spitzenlastzeit fossile Großkraftwerke herunterregeln, und zur gleichen Zeit ist der Strompreis an der Börse, der morgens um 9 Uhr noch 5 Cent je Kilowattstunde betrug, wegen des hohen Angebots an erneuerbaren Energien auf 2,5 Cent gefallen. Dass das die vier großen Stromkonzerne Eon, RWE und Co. nicht besonders freut, die bisher in der Mittagszeit ihre größten Gewinne gemacht haben, ist vollkommen klar. Die Preise sind gesunken; hier können sie keine Gewinne mehr ma-

chen. Nur so viel zu dem Märchen, man müsse aus Verbraucherschutzgründen den Zubau an Solaranlagen drosseln. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Das hat etwas mit der Preisbildung zu tun und nicht damit, dass dies für den Verbraucher so teuer wäre.

Wir beraten heute abschließend einen Gesetzentwurf, der in Berlin Tausende von Mitarbeitern der Solarbranche zu Protesten auf die Straße gebracht hat. Dieser Gesetzentwurf ist fatal, selbst wenn man die Änderungen – zum Teil waren das tatsächlich Verbesserungen – der letzten 48 Stunden einrechnet. Daran wird aber auch deutlich, mit welcher heißen Nadel diese Koalition strickt.

Dass die Bundesregierung den Zubau von Solaranlagen begrenzen will, ist aus ihrer Sicht logisch; das muss ich zugestehen. Die vier großen Energiekonzerne haben schlicht und ergreifend den Zug der Zeit verpasst. Sie kommen nicht hinterher und realisieren jetzt, dass ihr Monopol allmählich bröckelt, weil die Bürgerinnen und Bürger selbst zu Stromproduzenten werden. Das kann Konzernlobbyisten nicht gefallen.

Die Koalition legt mit ihren Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes seit 2009 ein Hü und Hott an den Tag, das jeden Verbraucher, aber auch die Industrie unnötig verunsichert. Wer heute eine PV-Anlage plant, weiß nicht, mit welchem Satz er den eingespeisten Strom in einigen Monaten vergütet bekommt. So dreht man einer Branche den Hahn ab.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz allein ist natürlich nicht dazu in der Lage, die Photovoltaikbranche in diesem Land wettbewerbsfähig zu halten. Dazu gehört noch sehr viel mehr. Dazu gehört zum Beispiel Industriepolitik. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Öffentliche Bürgschaften gehören dazu, Zertifizierungspflichten, Recyclingregelungen oder auch die Förderung von Forschung und Entwicklung. Bei all dem herrscht aber Fehlanzeige. Wenn wir nachfragen, heißt es immer, dafür sei kein Geld da, das sei zu teuer.

Ich kann nur sagen: Ganz stimmen kann das nicht. Entwicklungshilfe und internationale Zusammenarbeit sind etwas sehr Sinnvolles; sie finden unsere Unterstützung. Wenn man sich hier hinstellt und sagt, dass für die Solarindustrie kein Geld da sei, es aber woanders ausgibt, dann ist das absurd. Yingli – das ist ein chinesischer Solarhersteller, einer der größten weltweit – macht fast die Hälfte seines Umsatzes in Deutschland. Das Unternehmen kassierte einen 25-Millionen-Kredit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, einer Tochter der öffentlich-rechtlichen KfW. Yingli geht es nicht besonders schlecht. Das Unternehmen hat große Werke, macht Umsatz und Gewinn, so viel, dass das Unternehmen sogar einer der Sponsoren des FC Bayern München ist.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Da schau her!)



**Dorothee Menzner**

- (A) Wenn die KfW außerdem einen zinsgünstigen Kredit über 75 Millionen Euro an die chinesische Staatsbank gibt, die das Geld dann unter anderem an die größten Konkurrenten der deutschen Unternehmen in der Solarwirtschaft weiterreicht, dann darf man diese Regierung, so finde ich, getrost fragen, wieso keine Gelder da sind, um die deutsche Industrie in den Bereichen Forschung und Entwicklung zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Kauch [FDP]:  
100 Millionen! Forschungsallianz!)

Wieso ziehen sie sich immer wieder mit dem Argument, dass kein Geld da ist, zurück, und wieso versäumen Sie es, Industriepolitik zu machen?

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Frau Kollegin, würden Sie bitte zum Schluss kommen?

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):**

Sie würgen eine ganze Branche ab.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Hans-Josef Fell für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Judith Skudelny [FDP]: Die Lobby spricht! –  
Gegenruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer kräht da?)

(B)

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Gesetzesnovelle ist ein heftiger Schlag gegen die erfolgreiche und innovative Solarbranche.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Schwarz-Gelb kennt kein Erbarmen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in dieser Branche, obwohl in den letzten Wochen weitere Solarfirmen Insolvenz und Kurzarbeit anmelden mussten.

(Christian Hirte [CDU/CSU]: Vor der  
Novellierung!)

Ihre radikalen und überzogenen Vergütungskürzungen werden, verbunden mit einer fehlenden Industriepolitik, weitere Insolvenzen verursachen. Deswegen werden wir Grünen Ihrer Gesetzesnovelle nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD – Christian  
Hirte [CDU/CSU]: Das eine hat doch mit dem  
anderen nichts zu tun!)

Wir brauchen diese Branche, wenn wir den Atomausstieg schultern wollen. Statt einer drastischen Zubaubeschränkung, die Sie in Ihrem Gesetz vorsehen – sogar die Planzahlen sind geringer –, benötigen wir einen verstärkten Zubau im Bereich der erneuerbaren Energien. Sie wollen angeblich die Kosten senken. Sie erhöhen aber die Belastung der Sozialkassen, indem Sie immer

mehr Insolvenzen, Kurzarbeiter und Arbeitslose schaffen. (C)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hirte von der CDU/CSU-Fraktion?

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Gerne, Herr Kollege Hirte.

**Christian Hirte (CDU/CSU):**

Sehr geehrter, lieber Kollege Fell, Sie haben gerade ausgeführt, dass es in der Solarbranche schon Insolvenzen gab. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass diese vor der Novellierung des aktuellen EEG eingetreten sind? Haben Sie auch zur Kenntnis genommen, dass das etwas damit zu tun hat, dass das weltweite Angebot die Nachfrage deutlich übersteigt? Das ist unabhängig davon, ob wir aktuell noch etwas ändern.

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wenn Sie genau zugehört hätten, Herr Kollege Hirte, wüssten Sie, dass ich betont habe, dass es auch an der fehlenden Industriepolitik dieser Bundesregierung liegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der LINKEN)

Da möchte ich mich auf Herrn Machnig beziehen, der dies gerade sehr schön ausführen konnte, weil er mehr Redezeit hatte. Ich kann das nicht so umfangreich ausführen. (D)

Es ist klar: Der Wettbewerber aus China ist stark geworden. Wir sollten uns zunächst einmal freuen, dass auch China groß in eine Klimaschutztechnologie investiert. Aber jetzt wird China einen großen starken Binnenmarkt aufbauen. Wir haben Freude daran, wenn unsere Unternehmen dorthin exportieren können, aber bevor dies in großem Rahmen stattfindet, wird ein Teil unserer deutschen Solarfirmen vom Markt verschwunden sein. Es kann doch nur ein Treppenwitz der Geschichte sein, dass wir die Solarindustrie mit großen Geldern erst aufgebaut haben und Sie dann, wenn es um das Ernten in der Exportwirtschaft geht, die Daumenschrauben bei dieser Industrie ansetzen. Nein, das ist keine gute Industriepolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD und der LIN-  
KEN – Christian Hirte [CDU/CSU]: Sie haben  
an der Frage vorbeigeantwortet!)

Sie wollen Kosten senken, aber Sie erhöhen einfach die Finanzierungskosten für die Solarinvestoren. Sie bejammern fehlende Netzintegration, aber Sie verweigern sich der Einführung eines Speicherbonus. Sie wollen den Mittelstand, die Handwerker und die kleinen Firmen unterstützen, Sie senken aber in genau diesem Geschäftssegment überproportional. So sinkt nach Ihrem Gesetzentwurf die Vergütung bei Freiflächen um etwa 24 Prozent, während Sie bei Dachflächen sogar um sage und schreibe 32,5 Prozent kürzen.

**Hans-Josef Fell**

- (A) Bei den Dachanlagen kommt auch noch die neue Zwangsvermarktung hinzu. Ein Familienvater hat doch gar keine Chance, seinen Solarstrom vom Hausdach an der Börse zu vermarkten.

(Michael Kauch [FDP]: Nein, aber selber verbrauchen!)

– Sie haben es als Marktintegration bezeichnet und sagen, er soll den Strom, wenn er ihn nicht verbrauchen kann, vermarkten. Das ist hier verfehlt.

(Michael Kauch [FDP]: Abwegig!)

Ihre Zwangsvermarktung wirkt wie eine weitere 10- bis 20-prozentige Vergütungssenkung. Das alles trifft die Hausbesitzer, die Mieter, die Vermieter, die Bürgergenossenschaften, all diejenigen, die einen persönlichen Beitrag zum Atomausstieg leisten wollen.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauch?

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Lassen Sie mich diesen Gedanken vorher zu Ende führen. – Es trifft vor allem die Handwerker, die gerade hinsichtlich der Dachanlagen schon heute massive Markteinbrüche befürchten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Bitte, Herr Kollege.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Bitte schön, Kollege Kauch.

**Michael Kauch (FDP):**

Herr Kollege Fell, ich schätze Ihr Engagement für die erneuerbaren Energien, aber man muss bei der Wahrheit bleiben.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt genau der Richtige!)

Im Gesetz ist nicht vorgesehen, dass der Eigenheimbesitzer mit seinem Strom an die Börse geht. Wenn man sich den entsprechenden Paragraphen im EEG, so wie er hier heute beschlossen wird, anschaut, dann sieht man, dass es bei den kleinen Dachanlagen natürlich um den Eigenverbrauch geht.

(Rolf Hempelmann [SPD]: Warum nennt ihr das dann Marktintegrationsmodell?)

Ich sage ganz deutlich: Es geht um eine Entlastung der Netze und vor allen Dingen um Dezentralität, die gerade die Photovoltaik schaffen soll. Dies soll entsprechend gefördert werden.

Deshalb bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass es hier um einen Eigenverbrauchsanteil von 20 Prozent geht. Diesen Anteil kann jeder Hausbesitzer, der sich ein bisschen um seinen Stromverbrauch kümmert, erreichen. Dies kann auch von ihm gefordert werden, schließlich

bekommt er über die Verbraucherinnen und Verbraucher erhebliche Mittel und hat deshalb eine gewisse Gemeinwohlverpflichtung zur Netzentlastung. (C)

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muss er Strom verschwenden, dass er auf die 20 Prozent kommt?)

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Kauch, das gehört, wie so oft, in Ihre theoretischen Begründungen, die mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein Hausbesitzer, der jetzt in dieses Zwangsvermarktungsmodell kommt, muss zusätzliche Investitionen aufbringen, beispielsweise einen zweiten Zähler kaufen, der nicht billig ist und über Jahre hinweg Zusatzkosten verursacht. Dadurch wird die Gesamtbelastung durch die Investition erhöht, und die Renditen sinken. Die Anschaffung eines zweiten Zählers ist völlig unnötig; denn der Hausbesitzer wird keine Chance haben, das, was er nicht selbst verbraucht, zu vermarkten. Das haben Sie ja selbst zugegeben. An die Börse – das wissen wir – kann er nicht. Ja, an wen soll er denn verkaufen? An den Nachbarn? Soll er ein Energieversorgungsunternehmen oder so etwas werden? Das ist völlig abstrus, was Sie hier vorlegen. Es wird keine Vermarktungschance für diesen Teil der Dachbesitzer geben.

(Michael Kauch [FDP]: Das hat ja auch keiner gesagt!) (D)

Damit ist Ihre Gesetzesnovelle genauso verfehlt wie das, was Sie im Zusammenhang mit der Marktprämie gemacht haben. Auch da sagten Sie: Wir wollten eigentlich die Integration in den Markt stärken. – Sie erzeugen nur Zusatzkosten im Erneuerbare-Energien-Gesetz, aber keine Marktintegration. Aber diese handwerklichen Fehler haben bei Ihnen ja Methode.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Kauch, dass Sie selbst nichts von Ihrer sogenannten Marktintegration halten, haben Sie gezeigt, indem Sie die Zwangsvermarktung für große Freiflächen nun gestrichen haben. Was Sie tun, ist immer dasselbe: Die Großen werden bevorteilt, und die Kleinen werden weiter belastet. Das ist lupenreine FDP-Politik, Herr Kauch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Michael Kauch [FDP]: Ja, genau! Deshalb kriegen die auch eine Kürzung um 30 Prozent! Das ist ja eine Superbevorteilung! Das ist doch absurd!)

Es hätte nur noch gefehlt – hören Sie gut zu! –, dass Sie auch die Hotelbesitzer von der Zwangsvermarktung befreit hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Michael

**Hans-Josef Fell**

- (A) Kauch [FDP]: Ach! Nicht schon wieder diese Leier! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt eigentlich! Warum sind die denn nicht befreit worden?)

Auch Herr Seehofer, der sich mit seiner CSU so gerne als Beschützer der kleinen Leute und des Handwerks darstellt, hat versagt. Noch am 14. März dieses Jahres, bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse in München, betonte er, die vom Kabinett angesetzten Kürzungen seien zu hoch und setzten die falschen Schwerpunkte. Recht hat er. Aber herausgekommen ist bei den Verhandlungen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und den Koalitionsfraktionen das glatte Gegenteil. Er hat die mittleren Segmente, –

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

– das, woran die Handwerker verdienen, noch stärker belastet und damit in diesem Segment für eine Verschlechterung gesorgt.

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von der CSU, auf: Wenn Sie es ernst meinen, dann organisieren Sie eine Bundesratsmehrheit, um exakt dies zu korrigieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Jan Korte [DIE LINKE])

(B)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Minister Norbert Röttgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Teilzeitminister!)

**Dr. Norbert Röttgen**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Alle Reden der Opposition, insbesondere die von SPD und Grünen, die heute gehalten worden sind, sind fast bis in die Formulierungen hinein – gerade bei Ihnen, Herr Kollege Fell, war das so – vor zwei Jahren schon einmal genauso gehalten worden.

(Dirk Becker [SPD]: Und Sie haben dieselbe Rede, mit der Sie jetzt anfangen, schon vor zwei Wochen gehalten! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie halten doch auch immer die gleiche Rede, Herr Röttgen!)

Damals haben Sie angekündigt: Die Branche wird sterben, Deutschland wird seine Technologieführerschaft verlieren, die Solarbranche wird keine Zukunft haben. Nachdem Sie Ihre Reden vom Tod der Branche gehalten haben, hat die Erfolgsgeschichte der Photovoltaik in diesem Land aber erst angefangen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und zwar deshalb, weil wir diese Gesetzesänderungen vorgenommen haben. (C)

(Dirk Becker [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Das sind die Fakten. Sehen Sie: Sie sprechen immer von „glauben“, ich rede von den Fakten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu den Fakten gehört, dass wir in den letzten beiden Jahren 15 000 Megawatt zugebaut haben. Das ist deutlich mehr als das Doppelte von dem, was in all den Jahren zuvor, als SPD und Grüne regiert haben, zugebaut wurde. Wir haben also in zwei Jahren mehr als doppelt so viel geschafft, wie Sie in den Jahren Ihrer Regierungszeit zuwege gebracht haben, meine Damen und Herren.

(Ulrich Kelber [SPD]: Aber mit dem Gesetz, das Sie von uns übernommen haben und jetzt verändern wollen!)

Darum: Sie können zwar reden. Aber von der Realität haben Sie wenig Ahnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der entscheidende Punkt ist: Der Erfolg ist nicht eingetreten, obwohl wir diese Änderungen vorgenommen haben, sondern weil wir diese Änderungen vorgenommen haben. Sie waren die Bedingung des Erfolges. (D)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben eine Schlussverkaufsmentalität ausgelöst! Das ist die Realität!)

Wenn es bei dem geblieben wäre, was ich übernommen habe, als ich ins Amt kam, dann wäre dieser Erfolg nicht eingetreten, sondern dann wäre die Photovoltaik heute gescheitert, weil sie nicht mehr bezahlbar gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind keine Fakten! Das ist Heuchelei!)

Gerade die SPD nimmt ja für sich in Anspruch, eine Partei der sozialen Verantwortung zu sein. Als ich ins Amt gekommen bin und die Arbeiten von Gabriel und Machnig übernommen habe,

(Dr. Thomas Gebhart [CDU/CSU]: Wer ist Machnig?)

gab es für einige wenige Investoren zweistellige Kapitalrenditen, garantiert für 20 Jahre.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Ich habe nichts gegen zweistellige Kapitalrenditen. Aber ich habe etwas dagegen, dass die Stromverbraucherinnen und -verbraucher dies mit ihrer Stromrechnung bezahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) „Dass einige wenige verdienen und alle anderen dafür zahlen müssen, hat das mit sozialer Verantwortung zu tun?“, frage ich Sie von der SPD. Wahrscheinlich nicht.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sage nur: RWE! Ganz toll!)

Die entscheidende These lautet, dass die Erfolgsgeschichte der Photovoltaik weitergehen wird und weitergehen soll, jedenfalls solange diese Koalition diese Politik macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie?)

Wir wollen, dass die Wertschöpfung in Deutschland bleibt, und wir wollen die 110 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich erhalten. Wir sind Technologieführer in diesem Bereich. All das ist unser Ergebnis.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank uns!)

Sie haben parteipolitisch keine Freude daran, aber freuen Sie sich doch über den Erfolg für unser Land, den wir auf diesem Gebiet haben. Das müssten Sie doch zuwege bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Erfolg wird durch Ihr konservatives Besitzstandsdenken, in Teilen auch Besitzstandslobbyismus, gefährdet.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind Sie der Richtige!)

Wer nicht anpassungsfähig ist und wer den Strukturwandel nicht gestaltet, der wird sein Opfer.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Da müssen Sie selber lachen!)

Mit dem Besitzstandslobbyismus, den Sie betreiben, sind Sie eine Gefahr für die Solarenergie in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da lachen Sie doch selber, Herr Röttgen!)

Es sind drei Punkte, die man gewährleisten muss: Erstens. Wir müssen die Kosten im Blick behalten. In den gut zwei Jahren, von denen ich gesprochen habe, sind die Vergütungssätze für die Solarenergie – in der Zeit, in der sie ausgebaut wurde – um die Hälfte gesunken. Glauben Sie denn, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bereit wären, doppelt so viel zu bezahlen, obwohl das nicht durch die Marktpreise gerechtfertigt ist? Wir müssen die Kosten der Energiewende im Blick behalten. Die Bürgerinnen und Bürger sind doch bereit, das zu bezahlen. Aber alles, was nicht geboten ist, den Einzelinvestoren zu geben, gehört den Verbraucherinnen und Verbrauchern und nicht Einzelnen, die Kapital haben. Den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einigen wenigen gehört die Rendite der Energiewende.

- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit dem Großverbraucher?)

(C)

Zweitens. Versorgungssicherheit. Sie ist der zweite fundamentale Aspekt und noch viel wichtiger als die Kosten im Einzelnen, die nicht zu unterschätzen sind, auch in der sozialen Dimension. Eine Energiewende ohne soziale Dimension darf es nicht geben und wird mit dieser Koalition auch nicht stattfinden.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihnen denn?)

In zwei Jahren haben wir in Deutschland doppelt bis dreifach so viel Solarenergie zugebaut, als wir uns selber als Zielmarke vorgegeben haben. Herr Kollege Kauch hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass das eine deutlich anspruchsvollere Zielmarke als die war, die Herr Kollege Machnig als Staatssekretär zu verantworten hatte. Sie waren bei der Solarenergie nie sehr ambitioniert.

(Matthias Machnig, Minister [Thüringen]: Das ist unfassbar!)

Wir haben Sie mit unserer Ambition schon deutlich übertroffen. Das alles sind die Fakten, Herr Kollege. Ich kann es ja nicht ändern. Es mag Sie schmerzen, aber es ist so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das sagt der Norbert Röttgen, der gegen das EEG gestimmt hat! Sie verdecken mit diesem Pathos doch nur Ihren Blödsinn!)

(D)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie so schreien. Dadurch, dass Sie schreien, werden Ihre Argumente nicht überzeugender. – Wir haben ungefähr das Vierfache Ihrer Ambition realisiert. Diese Ambition war aber auch nicht ehrgeizig. Darum nehme ich das nicht zum Maßstab. Wir haben also das Zwei- bis Dreifache von dem erreicht, was im Gesetz steht.

(Rolf Hempelmann [SPD]: Sie kommen von null auf drei!)

Wenn ich die volatile Stromspeicherung aus Solarenergie und Windenergie in Deutschland addiere, dann komme ich auf eine Kapazität von rund 55 Gigawatt. Diese volatile Stromspeicherung ist deutlich höher als der Verbrauch in Zeiten schwacher Nachfrage. Der beträgt nämlich unter 40 Gigawatt. Die durchschnittliche Nachfrage beträgt rund 60 Gigawatt. Das heißt, wir haben schon heute an bestimmten Tagen und in bestimmten Stunden von Tagen eine deutlich höhere volatile Stromspeicherung als Stromnachfrage. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, wenn wir den zu schnellen Ausbau stark volatiler Stromerzeugung nicht durch eine vernünftige Entwicklung beenden und wenn wir die Entwicklung der Erzeugungskapazitäten nicht in eine Beziehung zum Netzausbau bringen, dann sind die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland und die Stabilität der Netze gefährdet.

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wissen Sie eigentlich, was es bedeutet, wenn die Netzstabilität in Deutschland nicht mehr unbedingt gewährleistet ist? Das darf nicht in einer Minute im Jahr passieren. Darum stehen wir für Versorgungssicherheit und für Netzstabilität. Sie gefährden diese Güter unserer Volkswirtschaft und Gesellschaft mit Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum tun Sie nichts für Speicher?)

Das steht außerhalb jeden Zweifels. Mit Ihrem unkontrollierten Ausbau gefährden Sie die Sicherheit und die Stabilität der Netze und der Stromversorgung in Deutschland. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Drittens. Markt. Wir wollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Darum müssen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz nach und nach zu einem Marktordnungsgesetz machen.

(Rolf Hempelmann [SPD]: Warum passiert dann nichts?)

Wir müssen die Technologien in den Markt einbringen. Sie müssen wettbewerbsfähig werden. Das werden sie auch, indem wir permanent Anpassungen vornehmen, die Marktpotenziale nutzen, Vergütungen reduzieren und

(B) Anreize schaffen. Sie müssen in den Markt eingebracht werden.

(Rolf Hempelmann [SPD]: Warum passiert immer noch nichts?)

Damit machen wir erstmalig Ernst. Sie haben wahrscheinlich noch nicht in den Gesetzentwurf hineingeschaut, mit dem wir nun das Marktintegrationsmodell gesetzlich verankern wollen und nicht mehr 100 Prozent, sondern 80 Prozent des produzierten Stroms vergüten wollen.

(Rolf Hempelmann [SPD]: Das ist nur ein Wort!)

Jeder normale Produzent muss irgendwann auch einmal anfangen, sich mit dem Produkt, das er herstellt, am Verbraucher zu orientieren, meine Damen und Herren. Das muss auch für diese Technologien gelten. Die Technologien können viel mehr, als Sie ihnen zutrauen. Darum ist Marktintegration genau das Richtige, was wir machen. Das bringen wir nach vorne.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will noch ein bisschen auf die Argumente von Herrn Machnig eingehen. Ich weiß nicht, ob man fürchten oder hoffen soll, dass die SPD diese Argumente teilt. Immerhin hat er aber für sie – das nehme ich doch einmal an – gesprochen. Ansonsten wäre ich daran interessiert, dass sich die SPD eindeutig distanziert von den Thesen des SPD-Redners.

(Dirk Becker [SPD]: Auch CDU-Bundesländer sind der Ansicht!)

(C)

– Sie haben die Gelegenheit, sich davon zu distanzieren.

Herr Machnig hat vorgeschlagen, heimische bzw. europäische Produkte gegenüber Importprodukten zu bevorzugen. Ich stelle hier die Frage an die SPD: Haben Sie das schon einmal in Arbeitsplätzen ausgerechnet? Haben Sie schon einmal ausgerechnet, was es kostet, wenn unser Land, das vom Export lebt, das so wettbewerbsfähig ist wie nie zuvor, auf einmal auf Protektionismus setzt? Haben Sie das schon einmal in Wertschöpfung und Arbeitsplätzen ausgedrückt, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das hat mit Protektionismus nichts zu tun!)

Es ist unglaublich, was Sie hier einfach so einmal in die Debatte werfen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben das Thema doch selbst einmal erwähnt!)

Herr Machnig scheint sozusagen der Oberökonom der SPD geworden zu sein. Er ist vom Kollegen Hirte auf die Überkapazitäten bei der Herstellung angesprochen worden. Ein Problem der Solarenergie sind in der Tat die globalen Überkapazitäten, Herr Kollege Hirte, die auch den Preis unter Druck setzen. Darauf haben Sie Herrn Machnig angesprochen. Darauf hat er gesagt, bei der Automobilindustrie gebe es diese ja auch, und noch nie sei jemand auf vergleichbare Ideen gekommen.

(D)

(Matthias Machnig, Minister [Thüringen]: Unsinn!)

Erstens haben Sie offensichtlich auch von der Automobilindustrie wenig Ahnung. Zu behaupten, es gebe in diesem Bereich vergleichbare Überkapazitäten, ist völliger Unsinn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens ist es immer noch so, dass, wenn man sich ein Auto kauft, man das Auto selbst bezahlen muss, während der Photovoltaikstrom von allen Stromverbrauchern bezahlt wird. Ich finde, das ist ein großer Unterschied bei Ihrem Vergleich, den Sie auch berücksichtigen müssen. Wenn das Auto von allen Verbrauchern bezahlt würde, wäre das anders.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zur Stichtagsregelung. Ich hoffe, dass der umweltpolitische Kompetenzabfall erst nach Ihrem Ausscheiden aus dem Umweltministerium eingetreten ist. Alle haben gesagt, die Stichtagsregelung habe sich nicht bewährt, weil diese einen Schlussverkaufseffekt zur Folge hat. Deshalb stimmen alle darin überein, die Stichtagsregelung abzuschaffen. Sie plädieren jedoch für die Beibehaltung dieser Regelung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie können noch nicht einmal die Anträge der Opposition lesen! Was für eine Arroganz!)

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) Das zeigt, wie weit Sie vom Markt, von der Realität und von ökonomischer Vernunft entfernt sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir treiben die Energiewende voran mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung. Gut, dass diese Koalition regiert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sprücheklopfer! – Dirk Becker [SPD]: So wird das nichts in Nordrhein-Westfalen!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Dirk Becker für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dirk Becker (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Jetzt muss erst einmal der Machnig rausgeschmissen werden!)

Die Energiewende hat wieder den Bundestag gefangen. Manche sind anscheinend gefangen genommen von einer Ideologie, von der sie sich nicht verabschieden können.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Ich muss Ihnen eines sagen: Immerhin ist hier heute einmal ein Minister aufgetreten, wenn auch ein Minister aus einem Bundesland, der erkannt hat, dass die Energiewende mit ihren Herausforderungen angekommen ist. Man will sie annehmen und nicht zulassen, dass die rechte Seite des Hauses das kaputtmacht. Das ist zunächst einmal begrüßenswert.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass das wehtut, das verstehe ich.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Karneval im März!)

Herr Röttgen, allen Ernstes: Mir fehlen eigentlich die Worte bei dem, was Sie hier sagen, was Sie sich selbst in die Tasche lügen. Seit heute hat das Wort Blindleistung für mich eine neue Bedeutung. Davon haben Sie nämlich gesprochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist aber keine Systemdienstleistung!)

Man soll vorsichtig sein, wenn man die Aussagen von Ministern vergleicht. Sie kritisieren die hohen Renditen, die Sigmar Gabriel angeblich zu verantworten hat, bei Investitionen in erneuerbare Energien. Die Eons und die RWEs dieser Welt hatten zu Beginn Ihrer Amtsperiode eine Rendite von rund 25 Prozent erzielt. Sie haben sie mit der Laufzeitverlängerung doppelt vergoldet; davon kein Wort. Sie sind doch einfach unglaublich.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Ein echter Röttgen eben!)

(C)

Was hat der Bundesumweltminister noch im November gesagt? Wir haben eine neue EEG-Novelle mit Wirkung ab dem 1. Januar 2012 gemacht, um den Herausforderungen Rechnung zu tragen. Das muss jetzt erst einmal in Ruhe wirken, bis wir beurteilen können, wie es wirkt. – Die Änderungen waren noch nicht einmal in Kraft, als Sie das EEG erneut infrage gestellt haben. Ihnen passt das EEG nicht. Ihnen passt der Umstieg auf die Erneuerbaren nicht. Insbesondere die PV ist doch Ihr Hauptangriffsfeld.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Üble Unterstellung!)

Gerade Herr Rösler ist doch derjenige, der im Endeffekt Druck macht. Herr Röttgen, ich weiß, es tut weh, aber in allen energiepolitischen Fragestellungen der letzten Monate war von Ihnen nichts als warme Worte zu hören. Als es darum ging, zu liefern, waren die Taten eben nicht so, wie Sie sie angekündigt haben. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt: Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren vorantreiben. Diese Regierung ist die Regierung, die am meisten für den Ausbau der erneuerbaren Energien tut. – Diese Novelle hat Sie enttarnt. Sie wollen bremsen, wo es nur geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Sie machen dabei nicht einmal bei der Solarenergie halt. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wären die sogenannten Instrumente der Marktprämie auf alle anderen Bereiche der Erneuerbaren ausgeweitet worden. Wozu hat diese Regelung bisher geführt? Es gab Fachkongresse von Banken, von Gesellschaften, die gesagt haben: Mit der Ankündigung der Regierung und der Vorlage des Entwurfs sind massenhaft Finanzierungszusagen der Kreditinstitute zurückgezogen und gestrichen worden, weil die Energiepolitik à la Röttgen die Investitionssicherheit am Markt beseitigt hat. Damit finden keine Investitionen mehr statt. Herr Röttgen, mit dieser Politik sind Sie höchstpersönlich zu einem Investitionsrisiko für Projekte der erneuerbaren Energien geworden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sich hier ruhig hinstellen und lachen. Sie wissen, wie das die Branche sieht.

Ein letzter Punkt. Es ist einfach, zu sagen, was alles nicht geht, so angeblich die Local-Content-Regelung. Wenn die Chinesen dies machen, um die Windindustrie in China zu schützen: Kein Wort! Wenn das die Italiener oder andere machen: Kein Wort! Warum geht das denn in Deutschland nicht? Ich frage Sie: Was wollen Sie stattdessen tun? Gehen Sie nach Brüssel, und setzen Sie sich dafür ein, dass auf europäischer Ebene endlich eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbs eingereicht wird!

**Dirk Becker**

- (A) (Michael Kauch [FDP]: Dafür muss man erst einmal eine Mehrheit finden!)

Machen Sie das? Nichts da! Nur Worte!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen etwas ganz Entscheidendes zum Schluss. Es gibt viele Dinge, über die wir hätten reden können und müssen – ich bin da ganz nah bei Herrn Machnig –: Sie haben das Gespräch erst gar nicht gesucht. Auch wir wollen die qualitative Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Wir wollen den Eigenverbrauch stärken. Aber bei der Thematik Eigenverbrauch stärken ist für uns wichtig, in Zukunft auch die Mieter und Mietshäuser mit in den Fokus zu nehmen.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das haben wir doch!)

Da gibt Ihr Entwurf die falschen Antworten. Wir brauchen beispielsweise eine Größenklasse von 10 bis 100 Kilowatt. Wir brauchen einen ernstesten Anreiz zur Speicherförderung. Das, was Sie hier vorschlagen, ist weiße Salbe; nicht finanziert, Absichtserklärungen. So kann das nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher sage ich Ihnen: Sie reden sich diese Novelle schön. Sie ist nichts weiter als ein kaltes PV-Kürzungsprogramm, mehr nicht. Die Energiewende wird so mit Ihnen nicht gelingen.

- (B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Klaus Breil für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Klaus Breil (FDP):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Schritt, den wir heute mit der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes gehen, ist ein überfälliger Schritt; denn die Höhe der Vergütung für Strom aus Photovoltaikanlagen hinkt dem Verfall der Systempreise seit zwei Jahren hinterher. Die Renditen für Anlagenbetreiber waren, sind und bleiben attraktiv.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Daher musste dieser Schritt angemessen groß werden. Die Vorlage der beiden Minister Dr. Rösler und Dr. Röttgen war sehr im Sinne der Fraktionen von CDU/CSU und FDP.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Eines wollten wir allerdings verhindern, nämlich dass Unternehmen und Bürger, die im Vertrauen auf das gül-

tige Gesetz neue Anlagen auf den Weg gebracht haben, auf einen Schlag neuen Investitionsbedingungen gegenüberstehen. Für einen besseren Vertrauensschutz haben wir deshalb Übergangsregelungen eingeführt. Das geschah besonders mit Rücksicht auf kleine und mittelständische Unternehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es wird nunmehr jedem, der Anfang des Jahres ernsthaft eine Anlage bauen wollte, die Möglichkeit eingeräumt, dies noch zu den alten Konditionen zu Ende zu bringen. Meine Damen und Herren, Vertrauensschutz, ja, Anspruch auf lebenslange Förderung, nein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dies war das Leitmotiv für die vorliegende Einigung.

Wenn ich mir die Klagen der Opposition anhöre, könnte ich zu der Auffassung gelangen, dass man den eigentlichen Sinn des EEG vergessen hat, nämlich die Markteinführung der erneuerbaren Energien, und dass man die gemütliche Hängematte der Einspeisevergütung nie wieder abhängen wolle.

Wir müssen uns klar darüber sein, dass das EEG ein Instrument bleiben muss, um die erneuerbaren Energien an den Markt zu bringen, und dass es nicht dazu da ist, sie durchzufüttern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Um die Marktintegration von Photovoltaik voranzubringen, ohne dabei bestehende Umlagesysteme zu belasten oder gar neue Umlagesysteme aufzulegen, haben wir die Gesetzesänderung mit einem Entschließungsantrag begleitet. Dessen Ziel ist es, technologieoffen den effizientesten Speichertechnologien über bestehende Hürden hinwegzuhelfen. Auch Speichersysteme müssen in naher Zukunft die Marktreife erlangen. Wie wir dorthin kommen, soll im Rahmen einer Studie durch die Bundesregierung geprüft werden. Wir erwarten von der Bundesregierung noch in diesem Jahr Vorschläge für ein Marktanreizprogramm für Speichersysteme. Die KfW soll dies im Rahmen ihrer bestehenden Möglichkeiten flankieren.

(Beifall des Abg. Michael Kauch [FDP])

Die vorliegende Gesetzesänderung zeigt, dass die Koalition und die Bundesregierung auf dem allerbesten Weg sind, die erneuerbaren Energien weiter an den Markt zu bringen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Richtig!)

Das ist unser Ziel; darüber sind wir uns alle einig. Was uns von den Plänen der Opposition aber besonders unterscheidet, ist, dass wir beim Umbau unserer Energieversorgung auch auf die Bezahlbarkeit achten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen des Abg. Rolf Hempelmann [SPD])

Zum Schluss sage ich Ihnen noch eines, meine Damen und Herren: In vielen Gesprächen mit der Industrie

**Klaus Breil**

- (A) und den Projektoren sagten mir alle, dass eine kräftige Kürzung jetzt und vermutlich auch in Zukunft notwendig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Jan Korte für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Jan Korte (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Wahlkreisabgeordneter aus Bitterfeld-Wolfen. Es ist schon erwähnt worden: Da ist das Solar Valley beheimatet, wo mittlerweile rund 3 000 Beschäftigte arbeiten. Herr Röttgen, ich glaube, wenn diese Beschäftigten heute Ihre Rede gehört haben, dann denken sie: Das ist der blanke Hohn für Menschen aus einer Region, die so gebeutelt wie diese ist. – Unglaublich!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jens Koeppen [CDU/CSU]: Durch wen denn so gebeutelt? – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Unglaublich, dass man sich dann darüber echauffiert!)

- (B) Die Region Bitterfeld-Wolfen hat seit 1990 die wohl drastischsten ökonomischen, ökologischen, sozialen und vor allem persönlichsten Umbrüche der Menschen in diesem Land verkraftet. Über Nacht sind dort 50 000 Arbeitsplätze weggefallen. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist die Arbeitslosenquote auch heute noch exorbitant hoch, vor allem die der Langzeitarbeitslosen. Immer noch verlassen täglich – das ist besonders dramatisch – gut ausgebildete junge Leute diese Region.

Die gute Seite der Entwicklung ist – das ist in der Tat anzuerkennen –, dass es dort mit der Ansiedlung, der Förderung und dem Ausbau der Solarindustrie – die bekanntesten Unternehmen sind Q-Cells und Sovello – in dieser so gebeutelten Region gelungen ist, den Aufbruch hinzubekommen und einen sozial-ökologischen Umbau zu initiieren. In diesen Betrieben sind Menschen beschäftigt, die zum Teil 10 bis 15 Jahre arbeitslos gewesen sind. Reden Sie einmal mit ihnen darüber, was sie von Ihrer Politik halten!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Reden Sie darüber, was sie von Ihrer Politik gehabt haben!)

Ihnen ist Ostdeutschland egal. Das ist doch das weitere Problem. Es ist in der Tat bemerkenswert. Etwas anderes als die Wirtschaftsliberalen ist von Ihnen ja nicht übriggeblieben.

(Zuruf von der FDP: Haha!)

Reden Sie doch mit den Unternehmen! Reden Sie mit den Beschäftigten! Reden Sie mit den Gewerkschaften,

- wie sie Ihren Gesetzentwurf einschätzen, wenn Sie schon nicht auf die Opposition hören wollen. Ihre Politik ist erstens ein Anschlag auf die Entwicklung in Ostdeutschland und ganz konkret auch auf die in meinem Wahlkreis, im Solar Valley. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens haben Sie sich das, was Sie heute exekutieren wollen, gar nicht selber ausgedacht, sondern das ist Ihnen direkt von den Konzernzentralen der vier großen Energieunternehmen aufgetragen worden, und Sie setzen es eins zu eins um. Das ist die Situation.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Kauch [FDP]: Das ist doch wohl lächerlich! – Christian Hirte [CDU/CSU]: Früher war das alles! Heute nicht mehr!)

Drittens kann einem das, was Herr Röttgen und Herr Rösler miteinander aushandeln, eigentlich egal sein. Das ist in der Tat zweitrangig. Was Sie aber heute machen, um der Profilierung der mittlerweile zur Splitterpartei FDP gewordenen Truppe willen,

(Michael Kauch [FDP]: In NRW haben wir mehr in den Umfragen als Sie!)

machen Sie auf dem Rücken der Menschen in Ostdeutschland. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- Deswegen freue ich mich auch als Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, dass alle Bundestagsabgeordneten der Linken, der SPD und der Grünen erklären haben, Ihrem Murks heute nicht zuzustimmen. (D)

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das haben wir auch nicht anders erwartet!)

Ich bin gespannt, was die Abgeordneten der CDU/CSU und FDP aus Ostdeutschland heute machen werden. Das interessiert uns sehr.

(Jens Koeppen [CDU/CSU]: Genau das Gegenteil natürlich!)

Wir werden nicht mitmachen, und Sie können sicher sein, dass sowohl die Beschäftigten als auch die Linke Ihnen in dieser Frage und übrigens zunehmend auch in anderen Fragen energischen Widerstand entgegensetzen werden.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die Kollegin Bärbel Höhn hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass es heute etwas hitzig zugeht, hängt damit zusammen, dass wir über eine zentrale Weichenstellung für die



**Bärbel Höhn**

- (A) Energiewende reden. Zunächst einmal freue ich mich, dass Sie überhaupt hier sind, Herr Röttgen. Das ist nämlich ein seltenes Ereignis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein seltener Gast! – Ulrich Kelber [SPD]: Das haben wir mit der namentlichen Abstimmung erzwungen!)

In den letzten Debatten gab es immer wieder den Zwischenruf: Wo steckt eigentlich Minister Röttgen? – Im Umweltausschuss sagte gestern ein Kollege, und zwar nicht einer von der Opposition, sondern einer von der Koalition: Vom Bundesminister kommt momentan nicht allzu viel. – Das hat auch etwas damit zu tun, dass Sie sich nicht entscheiden können. Ein solches Amt, in dem es um Themen wie die Energiewende geht, ist kein Teilzeitjob. Sie haben sich zwischen der Bundespolitik und Nordrhein-Westfalen zu entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Röttgen, wenn Sie über diejenigen, die die Interessen der Photovoltaik vertreten, sagen: „Das sind Besitzstandswahrer“,

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Sie sind die Photovoltaikindustrie!)

- (B) dann sage ich Ihnen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer nicht nach Nordrhein-Westfalen geht, weil er seinen Besitzstand in Berlin wahren will, der sollte nicht anderen Besitzstandswahrung vorwerfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Röttgen, Sie haben eben sehr viel über Erfolge geredet. Sie sehen sich sowieso nur als Minister der Erfolge. Ein Blick auf Ihre Bilanz zeigt aber nur Misserfolge, einen nach dem anderen. Wer war für die AKW-Laufzeitverlängerung? Sie nicht, aber Sie haben damals gegen die Energiekonzerne verloren.

Wer will die Energiewende? Eigentlich Sie, aber wer gewinnt, ist der Kollege Rösler von der 2-Prozent-Partei.

(Ulrich Kelber [SPD]: 1,2!)

Die Energieeffizienz kommt nicht voran. Deutschland blockiert die Energieeffizienz, weil wir die Energiepolitik von einer 2-Prozent-Partei und deren politischem Überleben abhängig machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Das, was Sie jetzt bei den erneuerbaren Energien vorhaben – auch das ist ein Vorschlag von Minister Rösler –,

- (Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Die kleinste Fraktion bläst hier die Backen auf!) (C)

ist keine Absenkung mit Augenmaß. Das hat nichts mit der Abkühlung eines überhitzten Marktes zu tun. Das, was Sie vorhaben, ist Kahlschlag, meine Damen und Herren. Sie gefährden Zehntausende von Arbeitsplätzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb sollten Sie sich den Begriff „soziale Verantwortung“ – Sie haben den anderen vorgehalten, Sie seien der Einzige, der sich sozial verantwortlich verhielte – selber einmal zu Herzen nehmen. Man trägt auch soziale Verantwortung gegenüber Zehntausenden von Arbeitsplätzen, und die sollten Sie nicht einfach so gefährden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wir können bei der Photovoltaik eine Menge verändern. In den letzten vier Jahren sind die Zuschüsse um 60 Prozent gesenkt worden; das ist viel. Wir alle waren übereinstimmend der Meinung, dass wir die Stromeinspeisevergütung im Jahre 2012 noch einmal um 30 Prozent senken können. Was Sie aber machen, ist keine Senkung um 30 Prozent, sondern zum Teil eine Senkung um 50 Prozent. Welche Technologie soll es schaffen, in einem Jahr eine Senkung der Zuschüsse um 50 Prozent hinzunehmen? Das ist Kahlschlag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Das führt auch zu einem Jo-Jo-Effekt, wie die *taz* heute zu Recht schreibt; denn die massiven Kürzungen, die Sie hier beschließen, führen bei denjenigen, die Solaranlagen installieren wollen, zu Torschlusspanik. Dann wird schnellstmöglich alles gebaut. Für die Überhitzung des Solarmarkts sind Sie verantwortlich. Für diese Ausbauhäufigkeiten sind Sie verantwortlich, weil Sie die Kürzungen nicht vernünftig ausgestalten. Das ist der Grund, warum wir in diese missliche Lage geraten sind. Deshalb ist das, was wir hier erlebt haben, kein Erfolg, sondern ein Armutszeugnis.

Ich komme zum Schluss und sage Ihnen nur eines, Herr Röttgen: Ich habe in dieser Woche nachgelesen, was Jürgen Hambrecht, der frühere Chef der BASF, in der *Financial Times* gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn die Energiewende so weitergeht, dann müssen wir die Atomkraftwerke am Ende doch länger laufen lassen. – Ich unterstelle Ihnen, Herr Röttgen, nicht, dass Sie das wollen. Aber mit Ihrem Versagen in der Energiewende geben Sie Atomfreunden wie Herrn Hambrecht die Hoffnung, dass es mit diesem atomaren Wahnsinn weitergehen könnte.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Dafür tragen Sie dann die Verantwortung.

**Bärbel Höhn**

- (A) Wir wollen eine Energiewende, die ganz und gar funktioniert und nicht den Atomkonzernen die Oberhand überlässt.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frau Kollegin!

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Dr. Georg Nüßlein hat jetzt für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: So, jetzt wird noch einmal überzeugt!)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lassen Sie mich vom Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen wieder zu der Sache, die wir hier diskutieren wollen, kommen,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

obwohl, Frau Höhn, es gerade zum Wahlkampf gehört, dass man bei der Wahrheit bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Zur Wahrheit gehört auch, dass Ihnen Norbert Röttgen hier bei vielen Gelegenheiten die Leviten gelesen hat, wenn wir um Energiepolitik gestritten haben,

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seltener Gast hier!)

und er hat dies genauso klar und glanzvoll getan wie heute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte nun weg von Nordrhein-Westfalen und auf Bayern zu sprechen kommen. Bei uns in Bayern werden Solaranlagen momentan auf der Ostseite montiert. Nun, was schließt man daraus? Zum einen kann man daraus schließen, dass Bayern mit Sonne gesegnet ist. Das ist zwar auch ein richtiger Schluss, aber man muss daraus insbesondere schließen, dass wir es mit einer erheblichen Überhitzung auf dem Markt zu tun haben und dass es einer Korrektur bedarf. Genau das machen wir, und zwar maßvoll, in Stufen und so, dass diese Schlussverkäufe in Zukunft ausbleiben. Das bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Maßvoll und in Stufen? 50 Prozent Kürzung!)

Zum anderen glaube ich, dass irgendwann Einigkeit über ein bestimmtes Ziel hergestellt werden muss. Es kann doch nicht sein, dass man Strom auf dem Dach pro-

duziert, diesen teuren Strom dann einspeist und anschließend billigen Strom vom Kraftwerk kauft. Das ist bis dato gängige Praxis. Nach 14 Jahren der Solarförderung wird es doch irgendwann einmal so weit sein können, dass man den Strom, den man produziert, selber verbraucht und nur den, den man übrig hat, einspeist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Genau an diesen Punkt, zu dem jeder vernünftige Bürger nickt und sagt: „Jawohl, das ist der richtige Weg“, führen wir die PV-Förderung mit dieser Novellierung des EEG.

Herr Minister Machnig hat recht: Die Akzeptanz der Photovoltaik ist hoch. Nur, Herr Machnig, was schließen wir daraus? Wir müssen doch unseren Beitrag dazu leisten, dass das so bleibt. Das geht nicht dadurch, dass man hohe Renditen sichert, die nur Neid schüren, sondern das geht dadurch, dass man eine vernünftige und nachvollziehbare Politik macht und die Potenziale nutzt, die die Technologie letztendlich hergibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Gestatten Sie mir, eine Frage zu stellen: Wer glaubt denn mehr an die Sinnhaftigkeit, an die Zukunftsfähigkeit der Photovoltaik, wer hat mehr Zutrauen darin, derjenige, der wie die linke Seite des Hohen Hauses sagt: „Man muss einen hohen Subventionszaun bauen“ – wenn es nach Ihnen ginge, wären wir immer noch bei der Förderung von knapp 1 DM, wie Sie sie seinerzeit eingeführt haben –, oder derjenige, der sagt: „Darin liegt ein hohes Potenzial; wir reduzieren die Förderung der Photovoltaik auf ein Niveau, auf dem man zu sinnvollen Konditionen Strom produzieren kann“?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Letzteres ist das, was diese Koalition mit Kürzungen um gut 40 Prozent in knapp zwei Jahren erreicht, und zwar bei nach wie vor Rekordzubau. Beides findet gleichzeitig statt. Insofern sind die Vorwürfe, die hier allenthalben erhoben wurden, schlicht und einfach falsch.

Es geht um Akzeptanz bei den Verbrauchern, aber auch um Akzeptanz bei den Investoren. Diese Akzeptanz erreichen wir durch Übergangsvorschriften, durch ein hohes Maß an Verlässlichkeit und durch Vertrauensschutz. Für die CSU stand immer fest: Vertrauensschutz ist nicht verhandelbar. Deshalb sind wir hier sehr weit gegangen. Ich bin mir sicher, dass mit den Regelungen, die wir jetzt treffen, praktisch jeder, der im Vertrauen auf das Gesetz, das zum 1. Januar in Kraft getreten ist, ein Projekt in Planung hat, der schon im Vorfeld Geld darin investiert hat, dieses Projekt auch umsetzen kann. Auch das ist wichtig für die zukünftige Entwicklung der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Da ich beim Stichwort „Akzeptanz“ bin: Ich räume ein, dass innerhalb der Koalition der CSU-Vorschlag, im Rahmen des EEG Speicher zu fördern, leider keine Mehrheit gefunden hat.

**Dr. Georg Nüßlein**

(A) (Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Ich räume auch ein, dass die Gründe für mich und den Kollegen Göppel – wir beide haben den Vorschlag vertreten – durchaus nachvollziehbar waren. Es wurde darauf hingewiesen, dass so das Risiko besteht, die EEG-Vergütung nach oben zu treiben. Dieses Risiko besteht; das räume ich ein.

Wir sind einen anderen Weg gegangen. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, die Regierung aufzufordern, bis Oktober einen Vorschlag vorzulegen, wie wir im Rahmen des Haushalts diese Förderung leisten wollen.

(Dirk Becker [SPD]: Da kommt doch wieder nichts bei rum!)

– Lieber Kollege Becker, regen Sie sich nicht auf!

(Dirk Becker [SPD]: Bei Ihnen muss man sich aufregen!)

Wenn dabei nichts herauskommt, weil die Haushaltsrestriktionen so sind, wie sie sind – zu Recht –, werden wir bei der nächsten Novellierung des EEG – die kommt bestimmt; das ist Erfahrungswissen – noch einmal über die Förderung von Speichern diskutieren müssen; denn das gehört zusammen. Ich habe eingangs erwähnt: Beim Thema Eigenverbrauch leuchtet der Zusammenhang mit der Speicherung aus meiner Sicht ein.

(B) Wir wollen eine intelligente, eine bezahlbare Energiewende, eben keine rot-rot-grüne, sondern eine schwarzgelbe Energiewende. Diesen Weg gehen wir beherzt.

Ich darf mir abschließend wünschen, Herr Machnig, dass der Bundesrat jetzt auch dem zustimmt, was wir hier vorgelegt haben.

(Dirk Becker [SPD]: Das kann ich mir vorstellen! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das jetzt auch noch!)

Ich bin der festen Überzeugung: Der Branche schadet ein Verzögern des Verfahrens im Bundesrat erheblich – Vermittlungsausschuss und das ganze Hin und Her –, wenn man bedenkt, was dieses Gesetz an guten und sinnvollen Neuerungen bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung. Es geht darum, verlässliche Grundlagen für diese Branche zu schaffen. Dann geht es auch wieder vorwärts, so, wie wir es gewohnt sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens

für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien. (C)

Hierzu liegen eine Reihe von Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung aus verschiedenen Fraktionen vor.<sup>1)</sup> Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/9152, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/8877 in der Ausschussfassung anzunehmen. Diejenigen, die zustimmen wollen, bitte ich um ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen. Enthaltungen waren jedenfalls von hier aus nicht zu erkennen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Die Schriftführerinnen und Schriftführer haben offensichtlich ihre Plätze schon eingenommen. Gibt es eine Urne, die noch nicht besetzt ist? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung eröffnet.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Noch einige. Wir haben hier vorne ganz viel Platz zum Abstimmen. Man kommt hier vorne auch gut ins Fernsehen.

Ist jetzt noch jemand im Saal, der seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>2)</sup> (D)

Wir kommen nun zu einer Entschließung des Ausschusses und zu zwei Entschließungsanträgen.

Unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/9152 empfiehlt der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Entschließung ist angenommen bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen; dagegen haben SPD und Grüne gestimmt, die Linksfraktion hat sich enthalten.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge, zunächst den der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/9157. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt bei Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen. Die Oppositionsfraktionen haben zugestimmt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/9172. Wer stimmt für den Entschließungsantrag? – Die Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist ebenfalls abgelehnt worden. Dagegen haben die Koalitionsfraktionen gestimmt, dafür die Oppositionsfraktionen.

<sup>1)</sup> Anlagen 2 bis 4

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 20314 D

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Wir setzen die Abstimmungen über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Drucksache 17/9152 fort. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/8892 mit dem Titel „Mut zum Aufbruch ins solare Zeitalter“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Die Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen. Die Oppositionsfraktionen haben sich mehrheitlich enthalten. Es gab einige Gegenstimmen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 a bis c auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Dörner, Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Kein Betreuungsgeld einführen – Kinder und Familie durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung fördern**

– Drucksache 17/9165 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Katja Dörner, Ekin Deligöz, Kai Gehring, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Aufhebung der Ankündigung eines Betreuungsgeldes**

– Drucksache 17/1579 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

– Drucksache 17/8201 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Dorothee Bär  
Caren Marks  
Miriam Gruß  
Diana Golze  
Katja Dörner

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Marks, Petra Crone, Christel Humme, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

**Auf die Einführung des Betreuungsgeldes verzichten**

– Drucksachen 17/6088, 17/8201 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Dorothee Bär  
Caren Marks  
Miriam Gruß  
Diana Golze  
Katja Dörner

Über den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir später ebenfalls namentlich abstimmen. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Katja Dörner vom Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Katja Dörner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben heute die Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen. Wir haben heute die Möglichkeit, die Einführung einer Maßnahme zu verhindern, die eine gleichstellungspolitische und eine bildungspolitische Katastrophe wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der LINKEN)

Das hat nicht nur Ministerin von der Leyen erkannt. Wir haben heute vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit die Zahlen schwarz auf weiß bekommen. Es hat belegt, dass das Betreuungsgeld eine gleichstellungspolitische und bildungspolitische Katastrophe wäre. Es wäre auch verfassungsrechtlich höchst bedenklich.

Wir werden gleich wieder hören, beim Betreuungsgeld gehe es um Wahlfreiheit. Dieses Argument kommt gewichtig daher, aber es ist falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der LINKEN)

Ich zitiere aus dem 8. Familienbericht, der uns druckfrisch vorliegt. In diesem Bericht steht ganz dezidiert:

Erst wenn für alle Kinder Ganztagsbetreuungsplätze in hervorragender Qualität vorhanden sind, haben Eltern tatsächlich eine Wahlmöglichkeit.

Investitionen in Kitas schaffen Wahlfreiheit und nicht das Betreuungsgeld.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der LINKEN)

Ich vertrete hier auch die Anliegen des DGB, des Kinderschutzbundes, der IG Metall, der GEW, von pro familia, des Arbeitgeberverbandes, der AWO, des Landfrauenverbandes, der Industrie- und Handelskammer, des Bundesforums Familie, des Deutschen Vereins, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Diakonie, des Deutschen Juristinnenbundes, der AFET, des Bundes Deutscher Wirtschaft, des Zukunftsforums Familie, des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, des BDI und vieler mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
bei der SPD und der LINKEN – Zuruf von der  
CDU/CSU: Wo sind die Familienvertreter?)

Alle haben sich unisono und über ihre ansonsten erheblichen Differenzen hinweg gegen die Einführung des Betreuungsgeldes ausgesprochen. Auch die Kirchen kämpfen nicht für das Betreuungsgeld.

(C)

(D)